

## Stadt Bergisch Gladbach Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Autobahnzubringer e.V. Kürtener Straße 10 51465 Bergisch Gladbach Stephan Schmickler Erster Beigeordneter

Rathaus Bensberg Wilhelm-Wagener-Platz Telefon: 02202/14 1251 Telefax: 02202/14 1363

e-mail: s.schmickler@stadt-gl.de

27.06.2013

Sehr geehrte Frau Lübbe-Roggen, sehr geehrter Herren,

den Erhalt Ihres Schreibens vom 05.06.2013 darf ich bestätigen. Die hierin enthaltenen Beschreibungen der Verkehrssituation in Bergisch Gladbach teile ich in vielen Aspekten. Auch verfolgt die Stadt, wie Sie richtig feststellen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Verkehrsprojekte weiter und mit Konsequenz, wobei auch in Bergisch Gladbach die finanziellen und personellen Kapazitäten häufiger als von mir gewünscht Grenzen setzen. Auch wenn hierüber nicht in der Presse berichtet wurde, so gibt es regelmäßige Aktivitäten Richtung "Düsseldorf" bzw. "Köln", d.h. zum Bauministerium NRW und zum Landesbetrieb Straßen NRW Niederlassung Köln. Herr Stadtbaurat Schmickler hat vor einigen Wochen den zuständigen Abteilungsleiter im Bauministerium aufgesucht, insbesondere um mit ihm über den Stand der Planung der L 286 n und die Haltung des Landes hierzu zu sprechen. Auch hat es in den letzten Tagen ein Telefonat mit dem zuständigen Bearbeiter unseres Projektes beim Landesbetrieb Straßen NRW gegeben. Das Resultat dieser Gespräche ist ernüchternd. Einerseits ist die Maßnahme, allerdings nur der erste Bauabschnitt, vom Land eindeutig priorisiert worden, wird also weiter verfolgt. Andererseits führen erheblich reduzierte Bearbeitungskapazitäten im Landesbetrieb und andere, dringliche Projekte (beispielsweise die Autobahnbrücke in Leverkusen) zu einer so begrenzten Arbeitskapazität, dass mit dem nächsten planerischen Schritt (Linienbestimmungsverfahren) im Jahr 2013 nicht mehr gerechnet werden kann. Statt mit dem Planverfahren zügig weiter zu machen, ist offensichtlich erhebliche Arbeitskraft gebunden, um den zweiten Bauabschnitt aus den bisher entwickelten Dokumenten "herauszunehmen", weil er laut Entscheidung des Landes politisch auf lange Frist noch nicht gewollt ist.

Alle diese Entscheidungen des Landes NRW, ob nun politisch bewusst oder durch die Sachzwänge entstanden, sind im Angesicht einer eindeutigen Beschlusslage in der Stadt Bergisch Gladbach getroffen worden. Wie Ihnen sicher erinnerlich hat der Rat der Stadt auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vor ca. zwei Jahren, am 29.03.2011, gegen Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE./BfBB und bei einigen Enthaltungen folgende Resolution gefasst:

"Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bekräftigt die bisherigen Beschlüsse zur verkehrlichen Anbindung über die Bahndammtrasse unmittelbar an die A 4 aus der vorherigen Ratsperiode. Er fordert das Land auf, seiner seit vielen Jahren bestehenden Verpflichtung nachzukommen, die landesplanerisch gewollten Gewerbeflächen auch zukunftsfähig an das überörtliche Straßensystem anzubinden. Nur eine leistungsfähige Autobahnanbindung sichert die Zukunft eines erheblichen Teils der Bergisch Gladbacher Gewerbegebiete und der dort ansässigen Firmen und sorgt für eine Entlastung vorhandener überbelasteter Straßen. Auch ein möglichst optimaler Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner bleibt Ziel der Stadt Bergisch Gladbach. Finanzmittel sind knapp. Gleichwohl fordert der Rat der Stadt Bergisch Gladbach die Landesregierung auf, die Planungen kontinuierlich fortzuführen, um die Planfeststellung in überschaubarem zeitlichem Rahmen zu erreichen und eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen."

Dem ist aus heutiger Sicht nichts hinzuzufügen, zumal wir uns immer noch in derselben Wahlperiode befinden.

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass die massive Reduzierung der personellen Kapazitäten in der Straßenplanung des Landes NRW letztendlich eine strategische Entscheidung des Landes darstellt, dass den Schwerpunkt nicht mehr im Bereich des Straßen(neu)baus sieht. Wenn dann noch gravierende Probleme mit bestehenden Infrastruktureinrichtungen wie den Autobahnbrücken hinzutreten, entsteht die Situation, die ich Ihnen oben beschrieben habe. Von daher erkenne ich zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn darin, das Thema in Bergisch Gladbach erneut auf den Tisch zu bringen. Wichtiger dürfte sein, dass sich landesweit Interessensgruppen dafür einsetzen, dem Straßenbau politisch wieder ein höheres Gewicht zu geben und aus guten sachlichen Gründen vorgenommene Einplanungen bzw. Priorisierungen in überschaubaren Zeiträumen umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Lutz Urbach

Mit freundlichen Grüßen